

**Annoncen-**  
**Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
In Gniezen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streissand,  
in Breslau b. Emil Lubath.

# Posener Zeitung.

Neunundsechziger Jahrgang.

Nr. 67.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 25. September  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die schmalhaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Erstellung zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

**Annoncen-**  
**Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien,  
bei C. L. Daube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Adolph Alost.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Inwaldendank.“

1876.

## Amtliches.

Berlin, 23. Septbr. Der König hat die Reg.-Assess. und Eisenbahn-Direktions-Mitglieder Eduard Oskar Neizenstein zu Frankfurt a. M., Leo Wehrmann zu Eberfeld und Wilhelm Seifleben zu Münster, sowie die Reg.-Assess. Trentin in Oppeln, v. Schwarz in Merseburg, Westphalen in Stettin, Semper in Hannover, Metz in Cassel, Dr. Lößler in Koblenz, Lobau in Berlin, Tannen in Marienwerder, v. Schulz in Silesia, Bitter in Potsdam, Freitag in Breslau und Freiherr Senfft v. Pilsach in Magdeburg zu Reg.-Räthen; sowie den früheren Oberger.-Rath Jensen in Glückstadt zum Appell.-Ger.-Rath in Arnswberg ernannt; und dem Oberger.-Rath v. Reck in Hilleshem bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Geh. Justiz-Rath verliehen.

## Carl of Beaconsfield über die orientalische Frage.

Die mehrerwähnte Rede des englischen Premierministers Carl of Beaconsfield beim Banket in Aylesbury liegt nun im Wortlaut vor, und die politische Bedeutung des gegenwärtigen Moments ebenso wie die Stellung des Redners machen zur Pflicht, jene Auslassungen genauer zu kennen. Der Premier sagte nach einigen einleitenden Worten:

Man hat mir von mehr als einer Seite, seitdem ich diesen Raum betreten, gesagt, man erwarte, daß ich bei einer Krisis, wie die jetzige ist, im Namen der Regierung eine Meinung aussprechen würde. Meine Herren, ich bitte Sie, deutlich aufzufassen, daß es nicht mein Wunsch ist, es zu thun. Ich habe weder einen Wunsch, über öffentliche Verhältnisse eine Meinung auszudrücken, noch den Wunsch, es zu vermeiden, wenn meine Pflicht es erhebt, Sie mögen über diesen Gegenstand entscheiden. Ich meinerseits bin immer der Meinung gewesen, und ich denke es bisweilen bewiesen zu haben, es sei möglich, eine politische Rede zu halten, ohne eine Parteidreie zu halten. Sie haben mir die Ehre erwiesen, mein Wohl als das des Hauptes der Regierung zu trinken. Ich kann aufrichtig sagen, ich glaube, es war niemals in diesem Lande eine Regierung, die mit schwierigeren Dingen zu thun hatte als die Regierung der Königin in diesem Augenblick. Der edle Lord, der Staatssekretär, der seitens der Regierung in diesem Augenblick die Verhandlungen leitet, hat zwei sehr schwierige Aufgaben zu erfüllen und zwei sehr wichtige Ziele zu erreichen. Er hat zu gleicher Zeit dauernde englische Interessen der höchsten Wichtigkeit zu vertreten und die Erhaltung des europäischen Friedens zu sichern. Meine Herren! Unter gewöhnlichen Verhältnissen würde ein so gestellter britischer Minister, was auch immer seine Schwierigkeiten gewesen wären, den Trost haben zu wissen, daß das Land hinter ihm stünde. Meine Herren! Es würde meinerseits Ziererei sein, einen Augenblick lang zu behaupten, daß das die Stellung der königlichen Regierung in diesem Augenblick sei. Unfragtlich giebt es eine große Partei, ein großer Theil der Unterthanen J. Majestät, deren Gedanke und Gefühl angezogen und verschlungen werden von anderen Dingen als der Erhaltung der dauernden Interessen dieses Landes und des Friedens. Diese sind Dinge, welche die ernsteste und beständige Aufmerksamkeit der Regierung erheben und erhalten. Aber unglücklicher Weise ist ein großer Theil dieses Volkes mit den Gefühlen, welche ihre Aufmerksamkeit auf diese äußeren Dinge gelenkt haben, zu Schlüssen gekommen, die nach Meinung der Regierung, wenn ausgeführt, in gleicher Weise, schädlich sein würden den dauernden und wichtigen Interessen Englands und verhängnisvoll für jede Art und Möglichkeit, den Frieden Europas zu erhalten. W. H.! Ich erinnere mich, einmal vor vielen Jahren gesagt zu haben, und es war eine tief gefühlte Meinung, die ich oft Ihnen gegenüber wiederholt habe, daß das Volk Englands das begeisterte Volk in der Welt sei. Es gibt andere, die aufregbarer sind, aber keines ist so begeistert als das Volk Englands. Wird diese Begeisterung durch einen richtigen Gegenstand erregt, so ist sie die schönste Gewalt, die ein Ministerium besitzen kann. . . . Die Gefahr ist, daß Politiker die erhabenen Gefühle benutzen können, um sie für ihre unglücklichen Zwecke zu verwenden. Ich glaube nicht, daß irgend eine Sprache solches Verfahren zu stark bezeichnen kann. . . . Es vergewaltigt den Grundzusatz des Patriotismus, den die Seele freier Gemeinschaften ist. Es thut mehr. Es beeinflusst in schädlichster Weise das Gemeinwohl und wird es in diesem Augenblieb von irgend einem Manne betrieben, so muß es durch das englische Volk in Unwillen verdammt werden. Die Zerstörung, die dadurch ausgeführt werden kann, muß nach meinem Dafürhalten als schlechter beschrieben werden, denn irgend welche jener bulgarischen Greuel, von denen wir so viel gehört haben

Die Regierung hatte es für ihre Pflicht gehalten, dem allgemeinen unter dem Namen „Berliner Memorandum“ bekannten Schriftstücke nicht zuzustimmen. Danach verhandelten wir frei und offen mit den fünf anderen Mächten. . . . Wir machten andererseits Vorschläge. Lord Derby, der jeden Tag in den Zeitungen als ein Minister bezeichnet wird, der nichts thut und nichts anröhrt, legte ohne Zeitverlust die Grundsätze dar, auf welchen nach seiner Ansicht die Rübe des Orients geschildert werden könnten. . . . Wie empfingen im Ganzen von jeder der Großmächte einen herzlichen Empfang, mit uns gemeinsam zu handeln auf jedem Wege, der zu einem befriedigendem Ende führen könnte, von keiner Macht aber empfunden wir so herzlich und vollständig Beistand wie von Russland. Nun kam der Krieg zwischen Serbien und der Pforte. Nach Beginn des Krieges waren die von uns angerathenen Maßregeln nicht auszuführen. Gut, was ist seidem geschehen? Nun dieser schämliche und verrückte Krieg fand statt — denn von allen Kriegen, die stattfanden, war nie ein Krieg weniger gerechtfertigt, als dieser zwischen Serbien und der Türkei. (Nein, nein! und Beifall.) Die Pforte mag zehntausend Mängel — ich will nicht sagen zehntausend Verbrechen — haben und diese Fehler mögen unglücklicherweise zu einer Krisis führen, aber dennoch besteht nicht der geringste Zweifel, daß von Serbien der Pforte gegenüber nicht nur jeder Grundsatz internationalen Rechts und öffentlicher Moralität, sondern auch der Ehre verletzt wurde; weil beachten Sie das, die Pforte im von Niemand angefochtenen Besitz der Festungen dieselben aufgab, da Serbien dringende Vorstellungen bei den Großmächten erhob und diese nahezu ihre Ehre verpfändeten, daß, wenn die Türkei die Festungen Serbien überließere, sie von letzterem nicht behauptet werden sollte, und nur so erlangte Serbien die Macht, den Widerstand zu machen, welchen es gemacht. (Beifall.) Was ist nun seit jenem verhängnisvollen Migriff geschehen? Sobald die englische Regierung sich vergewissert hatte, daß Serbien erschöpft und im Zustande der Verzweiflung war, trat sie mit dessen Regierung in Verbindung. Wir sagten: „Wir können keine Vermittlung anbieten, weil das missverstanden werden möchte; man könnte sagen, ihr habt noch nicht eure Heidigungsmitte eröffnet gehabt. Aber wenn ihr eure Sache in verzweifelter Lage zu sehen glaubt, wendet euch an England un-

wir werden euch alle freundlichen Dienste erweisen, die in unserer Macht sind.“ (Beifall.) Was geschah? In kurzer Zeit kam Serbien zu England und sagte: „Thut für uns, was ihr könnt.“ Wir haben dafür gehan, was wir konnten! (Beifall.) Der Minister der nichts thut — Lord Derby — festzte unter den schwierigsten Umständen eine erfolgreiche Vermittelung durch. Die Türkei, bedenken Sie das, triumphierte; sie hatte diese undankbaren Unterthanen zerstört. Lord Derby bewog nicht nur die Mächte zu vereintem Vorgehen, sondern erlangte auch das schwerste Ding in der Welt — eine Waffenruhe (Beifall). Denn die Türkei sagte natürlich: „Wir sind in der schwachvollen Weise angefallen worden, haben uns siegreich vertheidigt; die wir als Rebellen ansehen, können uns jeder Zeit wieder angreifen gegen alle Grundsätze und Erfahrung der Zivilisation, deren ihr euch so sehr rühmt.“ — Niemand kann leugnen, daß das der Fall war. — „Wir kennen aber die schwierige Lage Europas und die Vorurtheile gegen unser Land. Wir sind vollständig bereit, Serbien Frieden unter liberalen Bedingungen zu gewähren; ja unter Bedingungen, über welche ihr selbst entscheiden sollt. Alles, was wir verlangen, ist, daß nun ihr einen Waffenstillstand erlangt, ihr zugleich Dauer und Bedingungen festlegt.“ Nun läßt sich nicht immer das thun, was recht und billig ist; es muß das gethan werden, was im Großen und Ganzen Europa und der Welt zu Nutzen gereicht. Lord Derby hat den Einfluß dieses Landes zur Bewegung der Türkei zu einem Waffenstillstande — zu einer Sifirung der Feindseligkeiten — ohne Beschränkung verwandt, den Großmächten es überlassend, die Friedensbedingungen festzustellen. (Beifall.) Das ist der Minister, der nichts thut. (Heiterkeit.) Wir haben durch glückliche Vermittelung einen genügenden Waffenstillstand erreicht. Der nächste Schritt Lord Derby's ist es, auf die Lage der Dinge vor dem Kriege zurückzugehen — den Versuch zu erneuen, im Einvernehmen mit allen Mächten das zukünftige Verhältnis der Pforte zu ihren christlichen Unterthanen zu regeln. Nun, find wir anzugeben, weil das unsere Absicht ist? Mit ausschweifender Uebertreibung haben Leute im Lande gesagt, nur die Vertreibung der Türken aus Europa und Herstellung eines Slavenreiches könne genügen. Die Regierung ist fest überzeugt, daß die Ausführung einer solchen Idee Europa in einen Krieg von nicht geringer Dauer stürzen würde. Kann es der Wunsch irgend eines vernünftigen Menschen sein, daß wir diese Richtung einzuschlagen? Sollen wir mehr thun, als mit den sechs Mächten auf gemeinschaftlicher, von Lord Derby dargelegter Basis die Herstellung befriedigender Beziehungen zwischen der Pforte und ihren christlichen Unterthanen erzielen? Ist es weiser, daß wir der Regierung gestatten, wenn sie es vermag, jene Pläne zur Ausführung zu bringen? Das ist die wirkliche Frage. So viel ich weiß besteht bei allen Großmächten augenblicklich der Wunsch, mit der Sache zu einem Ende zu kommen; und die Grundsätze der englischen Regierung sind meiner Ansicht nach günstig für eine endliche Regelung.“

Der Minister erwähnt dann die Broschüre Gladstone's, der den in der Ueberleitung begangenen Fehler, die Verzagung der Türken aus Europa vorzuschlagen, nachträglich durch die Supponirung der türkischen Beamten wieder gut zu machen verübt habe und meint, daß Gladstone einst noch das Schreiben seiner Broschüre bereuen werde. „Wenn Mr. Gladstone,“ sagt der Minister bezüglich seiner Vorschläge, „propoviert hätte, daß das Haus der Gemeinen mit dem Sprecher an der Spitze nach dem Hügel von Greenwick hinausziehen solle um dort tapfer sich hinunter zu wälzen, so hätte er nichts Widerfinnigeres vorgeschlagen.“ (Heiterkeit.) „Ich muß um Entschuldigung bitten, Sie so lange beobachtigt zu haben. Ich habe indeß nicht halb gesagt, was ich hätte sagen müssen — nicht um die Regierung zu vertheidigen, sondern um Sie auf den rechten Fuß mit dem Lande zu bringen, was das Ziel jedes verantwortlichen Mannes ist. (Beifall.) Zu gleicher Zeit muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie ebenso verantwortlich für diese Sache sind, denn ich kam hier nur mit der Absicht her, mich etwas zu erholen!“ Der Minister schloß mit einigen Scherzen bezüglich der anderen Tags angesezten Wahl unter lautem Beifall der Versammlung.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 24. September.

— Die von der „Börsischen Zeitung“ gebrachte Notiz, daß dem Reichskanzleramt vom Gesundheitsamt eine Geschäftssordnung zur Genehmigung unterbreitet worden sei, ist, wie der R.-Anz. erklärt, unbegründet. „Es wird vielmehr eine solche Vorlage erst dann erfolgen können, wenn das Kolleg des Gesundheitsamts vollständig versammelt und im Stande sein wird, eine solche aus seinen Berathungen hervorgehen zu lassen; denn bei der für dasselbe in Aussicht genommenen kollegialen Verfassung steht einem einzelnen Mitgliede desselben nicht das Recht zu, für sich allein eine Angelegenheit zu vertreten. Überhaupt muß daran erinnert werden, daß das Gesundheitsamt nicht in der Lage ist, sich seine Stellung selbst zu geben, sich Verwaltungsbefugnisse oder das Recht des Erlasses von Regulativen zu dictiren u. s. w., sondern daß dasselbe seine Stellung, wie auch seinen Wirkungskreis von den obersten Reichsbehörden genau vorgezeichnet bekommen hat.“

— Bei dem Holzschen Falle geht der „B. Z.“ nun vom Polizeipräsidenten von Potsdam die berichtigende Mittheilung zu, „daß nach Ausweis der diesseitigen Akten die polizeiliche Verhandlung mit dem R. Holz, welche am 10. August Vormittags aufgenommen wurde, bereits im Laufe desselben Tages, also am 10. August, in die Büros der königlichen Staatsanwaltschaft befördert worden ist. Der Name desjenigen Beamten, welcher diesen Brief abgetragen hat, konnte allerdings nicht mit Sicherheit festgestellt werden, und dies ist der königlichen Staatsanwaltschaft auf deren Anfrage mitgetheilt worden.“

— Wie es heißt, ist in hohen militärischen Kreisen neuerdings auch gegen die Kopfbedeckung des preußischen Infanterie ist es geeifert worden, doch ohne Erfolg. Die Ansicht in maßgebenden Kreisen geht dahin, daß der Helm allerdings schwer sei, daß man aber bisher nichts besseres habe finden können und deshalb die Pickelhaube beibehalten müsse; man habe mit dem Helm eine Kopfsbedeckung einführen wollen, welche zugleich dem Kopfe im Kampfe genügenden Schutz gewähre. Diese Ansicht bemerkte die „Volks-Ztg.“ ist nicht sichhaltig, denn, da in den modernen Kriegen Hiebwunden am Kopf

zu den Ausnahmen gehören, gegen Kugelverwundungen aber auch die Pickelhaube nicht schützt, so dürfte eine leichte nur den nothwendigen Schutz gegen die Witterung gewährende Kopfsbedeckung am zweitmäßigsten sein.

— In dem bekannten Prozeß gegen die Elias'sche Mühle in Oberschlesien ist das Urtheil des Schwurgerichtshofes zu Beuthen i. O.-Schl. vom 6. Mai d. J. vom Strafgericht des Obertribunals in der Sitzung vom 7. September d. J. bestätigt. In der Nichtigkeitsbeschwerde, welche von den Angeklagten gegen das schwurgerichtliche Erkenntniß eingeleget worden, wurde unter Anderem gerügt, daß während der Verhandlung der Sachen ein Geschworener und ein Ersatzgeschworener eingefallen seien. Das Obertribunal erachtete jedoch diesen Angriff für verfehlt, weil die behaupteten Thatfachen durch das Audienzprotokoll nicht konstatirt sind, es aber Sachen des Implantanten gewesen wären, dieselben in dieser Weise kontinuiren zu lassen, falls sie wirklich vorgefallen wären und nicht von Amts wegen Verübung erfordert hätten.

**Neustettin**, 23. September. In keinem Kreise Pommern — so lesen wir im stettiner „Gen.-Anz.“ — sind so viel Güter gerichtlich subbaurt worden, wie im Neustettiner. Dort kamen in andere Hände die Güter des Herrn v. Glasenapp-Buchwald, des Grafen Kleist-Juchow. Der frühere Oberpräsident v. Senfft-Pilsach erhielt dagegen ein Kaiserliches Guadengeschenk von 30.000 Thlr. Verkauft wurden ferner gerichtlich die Güter des Grafen Bülow, Ornhagen u. c. bei Regenwalde, welche der Graf Bourtales erwarb. Der Erbschaftsbeitrag wegen soll jetzt auch das beste Gut im Pyritz Kreise, Prillwitz, von den Erben, welche dasselbe bis jetzt verwaltet liegen, verkaufen werden, und gehört der ehemalige Gefandte in Paris, Graf Arnim, durch seine frühere Gemahlin, eine Geborene v. Prillwitz, zu den Nutzniefern des Gutes, der auf die gerichtliche Substitution eingewirkt hat. Besitzer von zu übertriebenen Pachtwiesen, ebenso Pächter, welche zu übertriebenen Pachtwiesen Güter übernommen — befinden sich in ungünstiger Lage, und ist letztere selbst verschuldet.

**Breslau**, 23. September. Die vereinigte national-liberale und Fortschrittspartei der Provinz Schlesien hat ein Wahlmannfest erlassen, worin zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie, die Ultramontane und die in neuem Gewande auftretende Partei der „kleinen Herren“ aufgefordert und gesagt wird:

Die vereinigte liberale Partei steht treu zu Kaiser und Reich und sei durchdrungen von der Nothwendigkeit einer starken Centralgewalt, strebe aber nach einer Umgestaltung der Reichsämter in verantwortliche Ministerien und der Ausbildung des konstitutionellen Systems, insbesondere der Errichtung eines wirklichen Rechtes der Steuerbewilligung an die Volksvertretung. Die vereinigte liberale Partei halte an der Nothwendigkeit vollständiger Glaubensfreiheit fest und verwerfe entschieden jeden Vertrag zwischen Staat und Kirche, und fordere von der Kirche in allen äußeren Verhältnissen des Lebens Geborsam gegen den Staat. Die wirtschaftliche Gesetzgebung der letzten Jahre habe den Bedürfnissen der Nation entsprochen; für die als unabsehbar erkannte Revision einiger dieser Gesetze werde die Partei kräftig eintreten, desgleichen für die Fortentwicklung der mit der Kreisordnung begonnenen Selbstverwaltung. — Das Manifest schließt mit der Aufforderung zu reger Beteiligung an den Wahlen.

**Glogau**, 22. September. Bezuglich des schon telegraphisch gemeldeten Eisenbahnunfalls, welcher sich auf der Glogau-Hansdorfer Eisenbahnstrecke, und zwar im Bahnhof Kloppsch, in vergangener Nacht ereignete, wird der „Schles. Ztg.“ noch Folgendes berichtet:

Der um 1 Uhr Mittags von Hirschberg abgegangene Militär-Ertraug war besiegt von dem 1. Bat. des 4. Inf.-Reg. Nr. 59, dem 2. Bat. des 3. Inf.-Reg. Nr. 58 und der 2. Komp. des Niederschles. Pionier-Bat. Nr. 5. Kurz vor 11 Uhr Nachts langte der Zug in Kloppsch an und sollte dort den von Glogau um 10 1/4 Uhr Abends abgelaufenen Personenzug Nr. 68 abwarten. Leider standen von diesem Ertrauge die drei letzten Wagen über den Distanzpfahl hinaus. Der von Glogau kommende Personenzug Nr. 68 fuhr in diese Wagen, in welchen sich die Pferde und die Burschen der Offiziere befanden, hinein und zertrümmerte die Wagen. Die im Zuge befindlichen Pioniere eilten sofort herbei und zerstörten die zusammengequetschten Wagen, um die in denselben befindlichen Menschen und Pferde zu befreien. Todt wurde vorgefundene der Offizierbursche Kowalski vom 1. Bat. des 4. Inf.-Reg. Nr. 59; schwer verletzt (durch Rippenbruch und arge Quetschungen) der Offizierbursche Styrwicki von demselben Bataillon, ferner am Kopfe und an einem Fuß beschädigt der Schluss-Schaffner Pieck aus Lissa. Ein Pferd wurde getötet aufgefunden, ein anderes Pferd mußte sofort getötet werden, weil der rechte Border- und der linke Hinterfuß völlig zerquetscht waren. Drei Pferde sind davon gelaufen, zwei derselben wurden bei Quarz aufgefangen. Der schwer verletzte Soldat ist in das heilige Militärzareth, der Schaffner in das städtische Hospital gebracht worden; der Zustand beider soll zwar bedenklich sein, doch hoffen die Ärzte, die Verunglücks am Leben erhalten zu können. Eine Betriebsstörung auf der bezeichneten Eisenbahnstrecke hat nicht stattgefunden. Die strengste Untersuchung ist unverzüglich eingeleitet worden.

**Köln**, 23. September. Die Preisjury für die Errichtung eines Denkmals für den Fürsten Bismarck hat unter 28 eingegangenen Modellen den ersten Preis Fritz Schaper in Berlin, den zweiten E. Hundrieser, ebenfalls in Berlin, verfaßt.

**München**, 23. September. Bugleich mit Herrn Enzler zum Bischof von Speyer ist bekanntlich der würzburger Karmeliter-Prior P. Ambros Raes zum Bischof von Würzburg ernannt worden. Die „Augsb. Postg.“ schreibt über ihn: „Raes ist der Sohn des Oberzoll- und Hallamts-Kontrolleurs Raes und wurde am 24. Oktober 1815 zu Untergünzburg geboren. Als Studius warf er sich mit allem Eifer vor Allem auf Mathematik und Naturwissenschaft und dachte nichts Anderes, als dereinst ein tüchtiger Artillerieoffizier zu werden. Eine sehr langwierige Kränklichkeit machte ihm die Errichtung dieses Lebensziels unmöglich, so sie wurde ihm der Weg, auf dem er nicht bloß zur Theologie, sondern zur Pforte eines der strengsten Ordens gelangte. Als beliebter Prediger und Beichtvater kam er in Berührung mit allen Klassen der Bevölkerung vom Hofe bis zur Hütte; er lernte als zeitweiliger schlichter Untergebetener, was und wie man als Oberer — P. Ambros war Novizienmeister, mehrmals Prior und Provinzial des Ordens — zu befehlen habe; seine Reisen und sein langer Aufenthalt in Rom, in Prag, in Graz u. s. w. bereiteten seine Erfahrung und Menschenkenntnis und gaben ihm den ihm eige-

nen weiten und praktischen Bild. Kein Wunder, daß ein großer Theil des deutschen Episkopats ihm seit einer langen Reihe von Jahren mit besonderem Vertrauen seinen Clerus zu den üblichen Exzitien anvertraute und ihn selbst zweimal während der Bischofsversammlungen zu Fulda zu seinem eigenen Exzitienmeister wählte. Bei all' diesem Vorhandensein tief christlicher Innerlichkeit ist P. Ambros von einer Freundlichkeit und Humanität im Umgange, welche ihm bei allen Bevölkerungsschichten und Parteien die allgemeine Achtung und Verehrung verschafft haben."

**Wien.**, 24. Sept. Die Konferenzen der österreichischen und der ungarischen Minister über den zollpolitischen Ausgleich zwischen den beiden Regierungen sind nunmehr beendigt worden. Von der Überzeugung geleitet, daß alle auf den Ausgleich bezüglichen Gesetze gleichzeitig vorgelegt werden sollen, was bis jetzt noch nicht möglich gewesen wäre, haben sich, wie das „Telegraphen-Korrespondenz-Bureau“ erfährt, die Regierungen dabin geeinigt, die Gesamttheit der fraglichen Vorlagen im Januar 1877 vor die Vertretungskörper zu bringen und letzteren der Art Gelegenheit zu bieten, sich über den ganzen Ausgleich ein klares und vollständiges Bild zu machen. Um die Verhandlungen mit der österreichischen Nationalbank über das künftige Bankinstitut sofort einzuleiten zu können, sind die Regierungen, da beide Theile an ihrem Standpunkte in Bezug auf die Frage der 80 Millionen-Schuld festhalten, übereingekommen, den Vertretungskörpern einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem diese Frage den Deputationen der Vertretungskörper vorgelegt werden und für den Fall, daß auf diesem Wege eine übereinstimmende gesetzliche Lösung nicht herbeigeführt würde, ein eigenes konstituierendes Schiedsgericht berufen werden soll.

## V. Altkatholiken-Kongress.

**Breslau**, 22. September. Die Begrüßung derjenigen Delegirten, welche bereits in Breslau eingetroffen waren, fand gestern Abend von 8 Uhr ab im großen Saale der alten Börse statt. Die Einleitungsrede hielt Geheimrath Prof. Dr. Elvenich. Es gereichte ihm, so bemerkte er, zur besonderen Freude, seitens des Lokal-Komitees, wie Namens der altkatholischen Gemeinde Breslaus, ja er dürfe wohl sagen, Namens aller altkatholischen Gemeinden Schlesiens, die Delegirten hier zu begrüßen, sie herlich willkommen heißen zu können.

Prof. Dr. Michelis aus Freiburg i. Br. entledigt sich eines Auftrages, der Prof. Dr. Knodt und ihm geworden sei. Die letzte Stunde vor der Eröffnung der Delegirten-Versammlung dazu benutzt, Vicent Buchmann einen Besuch zu machen, haben sie denselben bereits auf dem Wege zu der Versammlung getroffen, ihn aber bestimmt, den Besuch derelben aufzugeben, weil er ihm augenscheinlich körperlich sehr schwer fiel; Buchmann bittet, sein Aushleiben aus diesem Grunde für heute zu entschuldigen. Ergriffen seien die letzten Worte gewesen, welche Buchmann an ihm und seinen Begleiter rückte: „Ja, ja, was haben wir an der Geschichte zu arbeiten; wie sind wir in der Geschichte herumgeführt worden und was haben wir zu thun, um die Geschichte wieder in das rechte Geleis zu bringen!“ (Beifall.) Dem gegenüber gedenke er an ein anderes Wort eines Professors der Kirchengeschichte, Thiele. Als eines Abends die ermländische Geistlichkeit zusammen war, über das vatikanische Konzil sich besprach und volle Einmütigkeit über das Eingreifen der römischen Kurie unter ihnen herrschte, da sprach jener: „Ja, jetzt, wenn man in Rom so etwas anfängt, dann gilt es, der Lüge und dem Betrage die wirkliche Geschichte entgegenzusetzen!“ Jetzt ist Thiele General-Vikar der ermländischen Diözese und — verdammt mich (den Redner), wie alle anderen Altkatholiken!

Im Anschluß an die Hinweisung des Vorredners auf Vicent Buchmann, bringt Geh. R. Elvenich diesem hochwissenschaftlich gebildeten, in der Kirchengeschichte aufs Genaueste bewanderten, um die altkatholische Bewegung hochverdienten Mainz ein Hoch aus, in welches die Versammlung einstimmig einstimmt.

Archimandrit Taitschko-Wiesbaden begrüßt die Versammlung namens der Gesellschaft der Freunde geistiger Auflklärung in Russland. Daß die Gesellschaft ihn zu dem Kongress delegirt, beneift wohl zur Genüge das lebhafte Interesse, welches sie für die altkatholische Sache sich bewahrt. Sie freute sich der dadurch angeregten Bewegung, gratulire, daß die Altkatholiken im Wege des Gesetzes wieder zum Besitz von Kirchen gelangten, daß sie mit den Altkatholiken der Schweiz in näher Verbindung getreten. Im Bezug auf die gegenwärtigen Verhältnisse könnte vielleicht bedauert werden, daß in diesem Jahre keine Unions-Konferenz stattfindet; aber es sei zu bedenken, daß eben nicht Alles in unserer Macht steht. Abgesehen von den anderen Ursachen des Ausfalls dieser Konferenz dürfe nur an die Wirren im Orient gedacht werden, durch welche die orientalischen Kirchen verhindert sind, die Konferenz zu beschließen.

Pfarrer Niel-Warnsdorf gedenkt des harten Drucks, unter welchem die deutsch-böhmishe Kirche leidet; aber das deutsch-böhmishe Volk habe nicht vergessen, daß es an dem deutschen Stamm ein guter Zweig bleibe soll; es habe sich bemüht, daß Seine in dieser Richtung zu thun; wenn die Erfolge nicht eben so glänzt wie in Deutschland und in der Schweiz wären, so sei das nicht des deutsch-böhmischen Volkes Verschulden. Er bringt ein Hoch „unserm“ Bischof Reinkens. (Die Versammlung stimmt lebhaft bei.)

Bischof Reinkens erklärt: Dieses Hoch sei ihm ganz unerwartet gekommen. Indem er jedoch für jenes Hoch seinen Dank ausspreche, müsse er bemerken, daß er die Rolle eines Universalbischofs nicht übernehmen könne. Seine Jurisdicition erstrecke sich nicht über das deutsche Reich. Gewiß hat aber auch der Vorredner es nicht so gemeint. Die Altkatholiken aller Länder stehen in geistiger Gemeinschaft unter einander (Beifall) und im Sinne dieser Gemeinschaft werde er gern auch fernerhin bereit sein, den österreichischen Altkatholiken Dienste zu leisten. In diesem Sinne auch nur könne er das: „Unser Bischof“ aufzufassen.

Auch die alte Kirche kannte nur Nationalkirchen, die sich in einem Höheren zusammenfanden. Es liegt im Geiste des Christenthums die Katholizität. Diese besteht aber nicht darin, daß einer bestehlt und alle Anderen gehorchen, sondern darin, daß das Christenthum alle Einzelnen in ihrer unendlichen Mannigfaltigkeit der Erscheinungen zu einem Ganzen zusammenfaßt. Unter Hinweis auf die von ihm unlängst vollzogene Konfession des altkatholischen Bischofs der Schweiz und die in Veranlassung derselben erörterte Frage über die Nationalkirchen bemerkt Redner, daß er erklärt habe, er werde Herzog die Freundschaft kündigen, wenn er sich von ihm abhängig erachten wolle. Es giebt neben der nationalen Verschiedenheit noch des Gemeinsamen genug, um den Charakter der Katholizität in den Nationalkirchen gewahrt zu sehen.

In dem weiteren Verlaufe seiner mit dem größten Interesse verfolgten Rede führt Bischof Reinkens aus, daß das Ziel der Altkatholiken die Wahrhaftigkeit sei. Um sie drehe sich aller Kampf in der weltgeschichtlichen Bewegung. Auch der Kongress habe keinen andern Zweck, als der Wahrheit die Bahn zu brechen. Was in der römisch-katholischen Kirche die ganze Verwirrung hervorgebracht, sei in ihr herrschende Unwahrhaftigkeit. Die Wahrheit ist Selbstzweck; in der römisch-katholischen Kirche ist sie zum Mittel gemacht. Das verträgt sich nicht. Es ist daher auch alle Wahrhaftigkeit im sittlichen Leben verloren gegangen. (Redner giebt mehrfache Belege hierfür an.) Es ist nicht zu verwundern, daß die Unwahrhaftigkeit vom Kaplan bis zum Bischofe hinaus sich ausgebreitet habe. (Auch hierfür giebt Redner überzeugende Belege und weiß dann nach, welchen schädigenden Einfluß dies auf das Volk ausgeübt.)

Ziemlich nun, fährt Redner fort, dort die Wahrhaftigkeit abhängen gekommen, desto mehr müssen wir sie hochhalten und bei jeder unserer Versammlungen das Gelöbnis erneuen, wahrhaft zu sein, vor Allem in der Religion. Wie hoch preist Paulus die Wahrhaftigkeit und in der That, hätten wir nichts als das eine Ziel vor uns, so müssen wir schon wegen seiner in den obwaltenden Kämpfen siegen. M

Die Wahrheit ist unser Schwert; wir werden mehr und mehr der Scharfe dieses Schwertes uns bewußt und darum dürfen wir hoffen, daß auch unsere Kongressverhandlungen unseren Muth stärken werden, dieses Schwert zu gebrauchen, die Konsequenzen der Wahrheit zu ziehen und sie durchzuführen, soweit Gott es in unserer Macht gelegt. (Beifall.)

Wright, Pfarrer der Grossvenor-Kirche zu London, giebt den Sympathien der altkatholischen Kirche Englands gegenüber der Deutschlands Ausdruck; er sieht aus der Bewegung die Vereinigung der christlichen Kirchen in einer Wahrheit und einer Liebe zu Christo hervorgehen. (Beifall.)

Geb. Rath Prof. Dr. Schulz bespricht die bereits vorhandene Geschichte des 5. Altkatholiken-Kongresses, gedenkt dann in sehr anerkennender Weise der Verdienste, welche das Bürgerthum sich um die Größe und Bedeutung Breslaus erworben, so daß es ein wesentlicher Faktor der Freiheit des Geistes vom 16. Jahrhunderte ab gewesen und der freundlichen Aufnahme, welche der Kongress hier gefunden. Er bringt dem Lokal-Komitee und im Besonderen dessen Vorsitzenden, Geh. Rath Professor Dr. Elvenich, ein Hoch, welches lebhafte Zustimmung fand.

Prof. Dr. Knoodt-Bonn preist die Verdienste, welche das Laienelement sich um die Förderung der altkatholischen Sache erworben und wünscht, daß auch fernerhin dasselbe mitwirken möge, die altkatholische Geistlichkeit zu tragen und zu heben; auf ihm beruhe ja die ganze Hoffnung auf gute altkatholische Geistliche.

Lieutenant Franke röhrt die innige Verbindung zwischen dem Clerus und den Laien in der altkatholischen Kirche und bringt dieser, sowie im Besonderen dem Geh. Rath Schulz ein Hoch, dem die Versammlung ebenso zustimmt, wie dem von Elvenich auf Prof. Dr. Weber ausgebrachten. Letzterer erwähnt dasselbe mit einem Hoch auf alle aus der Nähe und Ferne erschienenen Delegirten, nachdem auch er in berechtigten Worten die Verdienste, welche Nichtgeistliche sich um Gründung altkatholischer Gemeinden erworben, anerkannt und den Wunsch ausgesprochen, es möge auch der 5. Kongress dazu beitragen, unsere Innerlichkeit zu heben und zu stärken um immer größere Klarheit, Bestimmtheit und Entscheidtheit im Verfolge der Ziele zu gewinnen, welche die altkatholische Bewegung anstrebt.

Die Versammlung schien, obgleich Mitternacht noch zu längerem Beisammensein gewillt. Außer den unter den Rednern aufgeführten Persönlichkeiten wohnten der Versammlung u. a. noch Dr. Birngibl-München, Pfarrer Nicks-Heidelberg und als Gäste auch Diaconus Dede und Habrikbesser G. Hoffmann bei.

Die erste Delegirten-Versammlung wurde am 22. d. um 10 Uhr, durch Geh. Rath Prof. Dr. Elvenich als Vorsitzender des Lokal-Komitees in der großen Aula der königl. Universität eröffnet. Darauf ward zur Wahl der Präsidenten und zur Konstituierung des Sekretariats geschritten. Auf Vorschlag des Dr. Elvenich wird als erster Präsident durch Aklamation Geheim-Rath Prof. Dr. von Schulz gewählt. Derselbe nimmt die Wahl an und bringt nun seinerseits zum 2. und 3. Präsidenten die Herren Professor Dr. Schmidts aus Breslau und Advokat-Antwalt Lützeler aus Düsseldorf in Vorschlag. Auch diese Vorschläge werden einstimmig genehmigt und die Wahl wird von den Betreffenden angenommen. Das Sekretariat bildet auf Grund der vorgenommenen Wahl Dr. Birngibl aus München, Pfarrer Struckberg aus Breslau und Dr. Dent aus Mainz. Darauf wird die durch die früheren Kongresse schon bewährte Geschäftsordnung einstimmig genehmigt.

Anträge waren eingebracht von den Vorständen der altkatholischen Gemeinden zu Breslau, Gleiwitz, Hirschberg und Berlin, sowie von Prof. Dr. Michelis aus Freiburg i. Br. und Pfarrer Grunert in Königsberg. Nachdem der Vorstande sowohl diese als auch ein von dem Kirchenvorstande in Wiesbaden eingelaufenes Schreiben zur Kenntnis gebracht, wird zunächst in die Diskussion und Beschlusffassung der Anträge der Gemeinden Breslau und Gleiwitz eingetreten. Dieselben werden in der ersten und zweiten Delegirten-Sitzung nach eingehender Diskussion in folgender Fassung angenommen:

1. Der Kongress wolle beschließen:

1) an die Synodal-Deputirten den Antrag zu stellen: Beifuss Feststellung der in dem Synodal-Beschluß II 1. von 1876 (Beschluß S. 41) für die Entscheidung der Zölibatsfrage nötigen Vorbedingungen möglichst bald die erforderlichen Einleitungen zu treffen und insbesondere

a. durch amtliche Anfrage bei den Regierungen eine Erklärung darüber herbeizuführen: ob von staatlicher Seite Hindernisse gegen die Aufhebung des Zwangszölibatsgesetzes, namentlich soweit die Nutzung der Benefizialgüter in Betracht kommt, vorhanden sind;

b. von jedem altkatholischen Geistlichen ein Votum über die Aufhebung des Zölibatzwanges einzufordern;

c. von den einzelnen Gemeinden eine Beschlusffassung über den Gegenstand zu veranlassen;

2) die Anträge durch den Präsidenten des diesjährigen Kongresses der Synodal-Deputirten zu unterbreiten.

II. Der Kongress wolle beschließen:

es sei durch den Präsidenten des diesjährigen Kongresses an den Herrn Bischof die Bitte zu richten:

1) in Gemäßheit des preußischen Gesetzes vom 7. Juni 1876, § 2, sub 8 (Synodalbeschuß von 1876, S. 86) eine alljährliche Haushollette bei sämtlichen Altkatholiken in Preußen zum besten bedürftiger Gemeinden Preußen vornehmen zu lassen;

2) die einzelnen Gemeinden in Deutschland zu ersuchen, einen ihren Mitteln entsprechenden Beitrag zu dem Fonds für die Studierenden und Geistlichen alljährlich zu leisten, oder wenn die der Gemeinde als solcher zu Gebote stehenden Mittel dies nicht gestatten, mindestens

3) zu veranlassen, daß in jeder Gemeinde an drei Sonntagen jährlich während des Gottesdienstes in der Kirche ein Opfersteller aufgestellt und der Ertrag der Kollekte zur Verwendung für diese Zwecke der Synodal-Deputirten übermittelt werde.

III. Der Kongress wolle beschließen:

an die Synodal-Deputirten die Bitte zu richten:

1) die Reformen im Gottesdienst (Gebrauch der deutschen Sprache u. dergl.) möglichst bald der Synode vorulegen, zu dem Ende die Arbeiten zu verteilen und eine Aufforderung zu erlassen, daß sich dieselben bei ihr melden, welche Theile der Liturgie ausarbeiten wollen;

2) zur Ausführung der §§ 55, 56 der Gemeinde- und Synodal-Ordnung der nächstjährigen Synode einen Entwurf vorzulegen, der überhaupt das Recht der Disziplin regelt.

IV. Der Kongress wolle beschließen:

1) der nächste Kongress findet 1877 statt;

2) die Bestimmung des Ortes und der Zeit, sowie die Vorbereitungen erfolgen auf die in Freiburg festgesetzte Weise;

3) die Bekanntmachung des Ortes und der Zeit hat bis zum Ende Mai 1877 zu erfolgen.

V. Der Kongress wolle beschließen:

an die Synodal-Deputirten den Antrag zu stellen:

das Erforderliche zu veranlassen, um der nächstjährigen Synode bestimmte Vorläufe Durchführung des Synodalbeschlusses IV. 12 von 1874 (Beschluß S. 52), betreffend die Einrichtung einer gemeinschaftlichen Bußhandachi mit allgemeinem Sündenbekehrniß als Vorbereitung für den gemeinsamen Empfang der heiligen Kommunion machen zu können.

Die erste Delegirten-Sitzung wurde gegen 12½ Uhr Mittags, die zweite gegen 7 Uhr Abends geschlossen und der Anfang der dritten auf Sonnabends Morgens 9 Uhr festgelegt.

## Lokales und Provinzielles.

Posen 25. September.

— Unser Ledochowski'scher Officous, der „Kurier Poznański“, der vor kurzem die Mitteilung machte, daß Propst Brentk ein emorial bezüglich der Neuburg v. B. s.

thüller beim Kultusministerium eingereicht habe, gibt sich Mühe, den Schreck zu verwischen, der seinen Lesern durch diese Nachricht eingejagt worden ist. In einer Korrespondenz „aus der Stadt“, welche vermutlich von einem sehr bekannten Dompolitischer herübert, sucht das Blatt die Unauführbarkeit des Brentschen Projektes nachzuweisen.

Vor Allem, schreibt der geistliche Politiker, bestimmt die Bulle vom Jahre 1821: *De salute animarum*, welche die Wahl der Bischöfe und Erzbischöfe in der ganzen preußischen Monarchie regelt, für die beiden auf im inneren in einer vereinten (invicem perpetuo unitarium) Erzbistümchen Gnesen und Posen, daß im Falle einer Bischöfsvakanz beide Domkapitel vereint wählen sollen, wie es auch bisher immer geschehen ist. Die Bulle hat bis jetzt ihre bindende Kraft noch nicht verloren, und angenommen selbst, daß der erzbischöfliche Stuhl, was Propst Brent annehmen scheint, verwaist wäre, so müßte nicht das gneiner Domkapitel einen besonderen Erzbischof von Gnesen, sondern beide Kapitel, das gneiner und das posener, einen gemeinsamen Erzbischof wählen. Ferner bringt nach derselben päpstlichen Bulle nur der Monarch die Prälaten der Kapitel und die Domherren in den ungeraden Monaten dem heil. Vater in Besitz, und dieser ernennt sie; in den geraden Monaten dagegen ernennt sie der Erzbischof. Es ist also schwer begreiflich, mit welchen Rechten die preußische Regierung die Besetzung zweier vacanter Stellen im gneiner Domkapitel vornehmen sollte? Jedoch angenommen den Fall, daß der Staat sich dazu entschließen würde, entgegen den Bestimmungen der Bulle die beiden vakanten Stellen im gneiner Kapitel mit seinen Kreaturen zu besetzen, so würde Gott sei Dank, gegenwärtig doch noch nicht die Majorität auf Seiten der Anhänger der Regierung sein; denn außer dem Domherrn Dulinski, den Propst Brent gänzlich zu den Seinen rechnet, sind noch vier Mitglieder des gneiner Kapitels am Leben, von denen ohne Zweifel keiner zur Besetzung der eigenen Kirche die Hand reichen würde.

Nachdem der ultramontane Politiker in dieser Weise die Leser des „Kurier“ beruhigt hat, daß der „fromme Wunsch“ des Propstes Brent „ohne den völligen Umsturz der gegenwärtigen kirchlichen Verhältnisse gar nicht möglich sei“, spricht er jedoch die ihm größere schreibende Besorgniß aus, die preußische Regierung könne, vielleicht nicht in allzu langer Zeit, „zu einem offenen Konfliktsbruch mit dem apostolischen Stuhle und zur Auferkraftsetzung der Bulle de salute animarum“ schreiten. „Nach dem, was sich bereits ereignet hat, wäre auch die keine Unmöglichkeit“, meint der fromme Herr vom Dome voll Besorgniß.

r. Ein Arbeitertumult, der das Einschreiten einer bedeutenden Anzahl Polizeibeamten aus der Stadt Posen erforderlich machte, fand unter Arbeitern, welche bei der Posen-Kreuzburger Bahn in der Nähe der Stadt Posen beschäftigt sind, Sonnabend Nachmittags statt. Uns wird Folgendes darüber mitgetheilt:

Bekanntlich werden gegenwärtig in der Nähe des Dorfes Dembsen, eine kleine halbe Meile von Posen, zur Unterführung der Posen-Kreuzburger Bahn unter die Breslau-Posen Bahn Arbeiten ausgeführt, welche den Zweck haben, für den Güterverkehr eine Verbindung zwischen der Posen-Kreuzburger und der Märkisch-Posener Bahn herzustellen. Es werden dabei etwa 300 Arbeiter von dem Bauunternehmer Krause beschäftigt; dieselben arbeiten auf Ablauf und verdienten bisher, je nach Leistung, 16 bis 25 Sgr. täglich. Schon seit Anfang der vergangenen Woche jedoch begannen sie einen höheren Ablauflohn zu beanspruchen, da das Erdreich, welches sie von nun ab zu bebauen hatten, ihnen mehr Schwierigkeiten bereite und deswegen auch ihr Verdienst geringer ausfiel. Der Bauunternehmer batte mit Rücksicht auf bevorstehende Mühseligkeiten bei der Auszahlung des Wochenlohns um polizeilichen Schutz gebeten und waren Sonnabend Nachmittag 4 Uhr, wo die Auszahlung des Lohnes erfolgen sollte, 2 Schützmänner des III. Polizeirevier bei der Bude nördlich von Dembsen, wo die Arbeiter stets ihren Lohn erhielten, zur Aufrechterhaltung der Ordnung erschienen. Dort hatten sich auch bereits ca. 300 Arbeiter, welche zum Teil durch Branntwein aufgereggt waren, eingefunden. Als nun die Auszahlung um 4 Uhr nicht erfolgte, nahm die Unruhe unter den Arbeitern in bedenklicher Weise zu. Es hatte nämlich der Bauunternehmer angelehnzt der beröhrlichen Stimmung der Arbeiter noch mehr polizeilichen Beistand nachgefragt, und erschien denn auch in Begleitung des Polizeikommissarius Kähnner vom III. Revier 5 Uhr Nachmittags auf der Auszahlungsstelle. Der Kommissarius verlangte nun vor Allem, daß die Arbeiter sich ruhig verhalten, und befußte geordnete Auszahlung des Lohnes sich in Ruhe und Ordnung aufstellen sollten. Diese Anordnungen wollten sich aber die Arbeitern nicht fügen, und viele von ihnen verlangten, daß ihnen zunächst in der dort aufgestellten Bude Schnaps verabfolgt werde. Diesem Anstreben traten Angehörige der bereits sehr erregten Stimmung der Arbeiter die Polizeibeamten entgegen. Einer der Hauptbeschreiber unter den Arbeitern, welcher sich durchaus nicht fügen wollte, führte mit seinem Eisenen Spaten gegen den Polizeikommissarius einen wuchtigen Schlag, dem dieser jedoch glücklicherweise auswich. Da sich immer mehr die Unruhe heraußstellte, mit den wenigen vorhandenen Kräften den Tumult zu dämpfen, so schickte der Kommissarius einen Vorarbeiter um Schleung-Hütt nach der Stadt Posen. Es fuhren denn auch alsbald, etwa 6 Uhr Abends der Polizei-Inspektor Glasmann, 5 Kommissarien und eine größere Anzahl Schutzmänner, im Ganzen etwa 15 Beamte, in Droschen nach dem Platze des Tumultes hinaus. Dem Einschreiten dieser größeren Anzahl von Beamten gelang es denn auch bald, die Ruhe wiederherzustellen. 6 Arbeiter wurden verhaftet und gebunden nach dem Polizeidirektorium gebracht, während gerade zweien der argsten Tumultanten es gelungen war, zu entkommen. Nachdem so die Ruhe wiederhergestellt war, erfolgte

Meseritz, Waldeburg, Schneideberg in Sachsen, Langensalza, Lüzen, Böllschwitz, Krötonchin, Guben, Bözen, Mühlhausen in Thüringen, Eisenach, Posen, Frankfurt a. M., Oranienburg, Fürstenwalde, Seelow, Anklam, Potsdam, Treuenbrietzen, Charlottenburg, Nadel, Belgard, Teufen, Beeskow, Bernau, Löbau, Könnigswalde, Marienberg, Zirke, Schwale, Stolp i. B., Strausberg, Glogau, Graudenz, Altdamm, Garz, Breden, Suhl, Peitz, Sorau, Zeitz, Stettin, Aschersleben, Werben i. Altmark, Wittenberg, Lubben, Lissa, Friedland, Döberitz, Gnesen, Colberg, Osterode, Friedeberg Rm., Demmin, Crotow, Gräfenhagen, Arnswalde, Starow, Sommerfeld, Polzin, Aschersleben, Berlinchen, Zehdenick, Angermünde, Wittenberge, Freystadt, T. Sch., Frankfurt a. S., Bunzlau, Sagan, Lauban, Weizen, Schönebeck, Duben, Zehlitz, Spremberg und Osterwitz. — Die Mitglieder der bieigen Stadtverordnetenversammlung waren fast vollständig vertreten, vom hiesigen Magistrat waren nur die Stadträthe Wolff, Dr. Stort und Stroß anwesend.

Dr. Straßmann hieß in einer längeren Ansprache die auswärtigen Delegirten Namens des vorbereitenden Ausschusses willkommen. Es sei eine Thatache von Bedeutung, daß trotz der Kürze der vorbereitenden Zeit eine so große Zahl von Stadtverordneten aus den verschiedensten Provinzen aus freier Entschließung sich hier eingefunden habe, lediglich in dem Bewußtsein, daß es ihre Pflicht ist, für das Wohl der Städte einzutreten. Es sei das ein schönes Zeugnis für den überall regen Sinn für Selbstverwaltung und für das Streben, dieselbe im Geiste der Zeit und nach Maßgabe des vorhandenen Bedürfnisses auszubauen. Der Zweck des Kongresses sei in dem Kundschreiben vom 30. August ausführlich dargelegt. Nach dem während der letzten Session des Abgeordnetenhauses verlaubarteten Kundschreibens herrsche eine ziemlich vollständige Übereinstimmung über den Entwurf der neuen Städteordnung, vielleicht mit Ausnahme des Dreiklassenwahlgesetzes, und diese Übereinstimmung öffentlich zum Ausdruck zu bringen, sei die Aufgabe des Kongresses. Nicht als offizielle Vertreter seien hier per majora Beschlüsse zu fassen, sondern als Vertrauensmänner nur die Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen zu dokumentieren, und das Gutachten dieser Versammlung, die sich als Männer aller politischen Richtungen, aus allen Berufskreisen, aus den verschiedensten Provinzen, zusammengesetzt, werde seinen Einfluss nicht verfehlen. Leider müsse die Zeit der Vorbereitung des Kongresses so kurz bemessen werden, weil zu befürchten war, die bevorstehende Agitation für die politischen Wahlen werde die besten Kräfte abziehen, und weil zu hoffen ist, daß auf Grund dieser Kongressverhandlungen bei den politischen Wahlen die kommunalen Aufgaben mehr berücksichtigt werden. Von der Einladung der westlichen Provinzen zu dem Kongress habe der Ausschuß bei der Besichtigkeit der beiden Städteordnungen abgesehen. Der Vorsitzende schloß seine beifällig aufgenommene Ansprache mit dem Wunsche, daß der Kongress dazu beitragen möge, daß die Gesetzgebung auf kommunalem Gebiete einen solchen Fortgang nehmen möge, wie es im Interesse der Selbstverwaltung und der Freiheit wünschenswert ist.

Nachdem das Bureau durch die Wahl der Herren Dr. Straßmann-Berlin (Vorsitzender), Pile-Posen, Hanow-Antlam, Milch-Breslau, Tiebig-Halle, Lüders-Görlitz und Meyer-Thorn konstituiert worden, trat der Kongress in die Tagesordnung ein, als deren erster Berathungsgegenstand die Zusammensetzung des Magistrats bestimmt war. Die Ausführungen des Referenten, Stadtrath a. D. Lüders-Görlitz blieben bei der überaus schlechten Aufführung des Festivals fast gänzlich unberührt. Die von ihm beantragte und vertheidigte Resolution lautete:

Der Magistrat wird von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Der Magistrat besteht aus: 1. dem Bürgermeister als Vorsitzenden; 2. wenigstens einem Beigeordneten oder zweitem stellvertretenden Bürgermeister; 3. unbefoldeten Stadträthen; die Zahl derselben beträgt, vorbehaltlich anderweitiger ortsstatutarischer Bestimmung, den zweiten Theil der Zahl der Stadtverordneten. Auf Gemeindebeschluß können als Magistratsmitglieder von der Stadtverordnetenversammlung außerdem gewählt werden: ein zweiter zur Stellvertretung des Bürgermeisters berufener Beigeordneter, ein oder mehrere befoltete Stadträthe (Syndikus, Kammerer). Die Zahl der befolteten Magistratsmitglieder darf die Zahl der unbefoldeten nicht erreichen. In Stadtkreisen muß mindestens ein Magistratsmitglied zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienste befähigt sein.

Dazu beantragte Stadtverordneten-Vorsteher Friedländer-Dörrwo: Die Zahl der unbefoldeten Stadträthe auf ein Viertel, statt auf ein Sechstel der Zahl der Stadtverordneten zu normiren. — Stadtv. Eugen Richter-Berlin empfahl in längeren Rede die Wiederherstellung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses, die Zahl der befolteten Magistratsmitglieder auf mindestens zwei und höchstens zwölf zu festlegen. Unter allen Umständen müsse die Zahl der nicht befolteten Mitglieder des Magistrats die der befolteten übersteigen, und nur der Einfluß der Oberbürgermeister auf das Ministerium habe diesen Grundatz in dem Regierungsentwurf nicht recht zum Ausdruck gebracht. Der Vorschlag des Herrn Friedländer erledigte sich dadurch, daß besondere ortsstatutarische Bestimmungen den Satz von einem Viertel statt eines Sechstels ermöglichen. Zur Wahrung des Kollegialprinzips sei ein gewisses Minimum der Stadträthe zu schaffen, und aus demselben Grunde empfiehlt sich die Maximalzahl von 12. Auch für Berlin würden 12 befoltete Stadträthe vollkommen genügen, namentlich, wenn der Stadtbaurath, der Stadtschulrat und die anderen technischen Räthe als solche aus dem Magistratskollegium ausscheiden. Durch die großen Magistratskollegien gewinne der Magistrat ein ganz ungewöhnliches Lebendigkeit über die Stadtverordnetenversammlung, wie das Beispiel von Hannover beweise, das Kollegialsystem werde gefährdet, der Schwerpunkt in die Hand der Despoten gelegt; es sei durchaus kein Fehler, wenn durch Reduktion der Magistratsmitglieder die Tätigkeit der Stadtverordneten in den gemischten Deputationen sich vermehre. Die übergroße Zahl der Magistratsmitglieder in kleineren Städten erschwere nur die Auswahl wichtiger Leute für die Stadtverordnetenversammlung. (Lebhafter Beifall.)

Der Korreferent Stadtv. Böhm aus Berlin erklärte sich gegen den Richterschen Zusatzantrag, da beispielweise in Berlin die Arbeiten der befrüchteten Zahl von Stadträthen nicht zu bewältigen seien. Er wünsche, daß auch in Zukunft der Syndikus, der Kammerer, speziell auch der Schulrat auf Gemeindebeschluß als Magistratsmitglieder gewählt werden, denn schwerlich würden hervorragende Schulräthe, welche die Initiative zu großen reformatorischen Ideen zu ergreifen und die Schulverwaltung auf die Höhe der Zeit zu erheben vermögen, sich als simple Magistratsbeamte anstellen lassen.

Tiebig-Halle trat dagegen energisch für den Richterschen Zusatzantrag ein, da auch nach seiner Erfahrung nur allseitig befriedigende Erledigung der Geschäfte ein zu großes Magistratskollegium nur hindernd in den Weg trete. Schließlich wurde die Resolution des Referenten mit dem Richterschen Zusatzantrage angenommen.

Nach einer kurzen Pause erhob sich eine längere Geschäftssordnungsdiskussion über den Antrag des Dr. A. Behnert-Frankfurt a. O., die Debatte über das Dreiklassen-Wahlrecht zu zulassen, da dieser Gegenstand einer der überwichtigsten sei und er als Referent in dieser Frage verbündet sei, am Dienstag hier zu erscheinen. Eugen Richter-Berlin und mehrere andere Stadtverordnete erklärten sich jedoch entschieden gegen diese Änderung der Tagesordnung, da der Kongress vornehmlich die politischen praktischen und technischen Fragen zu beantworten habe, einschlägige praktische und technische Fragen zu beantworten habe, und die politischen Fragen besser den politischen Bürgerstaaten überlassen. In diesem Sinne entschied sich auch die Versammlung, indem sie beschloß, an der einmal aufgestellten Reihenfolge der Berathungsgegenstände festzuhalten.

Der zweite Gegenstand der Berathungen betraf die Bestimmungen der Befestigung des Magistrats-Kollegiums. Der Beschluß eines Vorrörde unter Zustimmung des Bezirksrats. Der Referent Stadtv. Bentner aus Berlin beantragte folgende Resolution: "Die Befestigung der kollegialen Verfassung des Magistrats soll nur zulässig sein, wenn beide Städte übereinstimmen und wenn der Beschluß nach Maßgabe der Verfassungsänderungen in drei Lesungen mit längerem

Zwischenraum von mindestens sechs Wochen wiederholt worden ist." Referent vindigt der Regierung in den letzten Jahrzehnten das Bestreben, die Autonomie der Städte möglichst zu beschränken; Kreise und Provinzen hätten inzwischen eine im Allgemeinen befriedigende Organisation erhalten, die Städte seien aber links liegen geblieben, und wenn man jetzt für die Autonomie der Städte eintrete, so erobere man nur das zurück, was die erste Städteordnung schon gewährt. Ein Vergleich der Städteverfassungen in den alten und neuen Provinzen zeige deutlich das Bestreben der Regierung, die Stellung des Magistratsdirigenten zu verstetigen, das Präfektenthum aufzurichten. Auch der Beschluß des Abgeordnetenhauses, daß ein einfacher Majoritätsbeschuß zur Änderung der magistratischen Verfassung genüge, sei im höchsten Grade bedenklich; bei einem so folgeschweren Beschuß müßten alle Garantien der Übereinstimmung beider städtischer Körperchaften gegeben sein. (Bravo!)

Tiebig-Halle beantragt den Zusatz: eine solche Verfassungsänderung nur Städten bis zu 5000 Seelen zu gestatten, da ein Bedürfnis, das Präfektensystem auch für die größeren Städte zu akzeptieren, nicht vorliege. Die Stein'sche Städteordnung habe sogar nur Städten bis zu 2500 Seelen eine derartige Verfassungsänderung gestattet.

Eugen Richter-Berlin: Im Abgeordnetenhaus stehe bereits fest, daß die Verfassungsänderung nur in Übereinstimmung beider städtischen Körperchaften möglich sein solle. Der Zusatzantrag Tiebigers gehe aber entschieden zu weit, da die Bürgermeisterverfassung für kleinere Städte in vielen Beziehungen praktischer sei. — Springer-Berlin hält es nicht für thunlich, daß ein Kongress der altpreußischen Städte sich für die Bürgermeisterverfassung in den großen Gemeinden ausspreche. Er bitte dringend die kollegiale Verfassung festzuhalten und den Antrag des Referenten, der eine wiederholte ernste Berathung bei einer so hochwichtigen Angelegenheit garantire, anzunehmen.

Machdem auch Dr. Langerhans und Beutner-Berlin für die Ansicht Eugen Richter's bezüglich der Anwendung der Bürgermeisterverfassung in größeren Städten, insbesondere mit dem Hinweis darauf eingetreten waren, daß die Städteordnung für die ganze Monarchie bestimmt sei, zog Tiebig-Halle seinen beschrankenden Zusatzantrag zurück, und die Resolution des Referenten gelangte in der oben mitgeteilten Fassung zur Annahme.

Über die Bestimmungen der gemeinschaftlichen Sitzungen des Magistrats und der Stadtverordneten referierte Stadtv. Springer-Berlin unter Zugrundelegung nachstehender Erklärung:

"Der Kongress hält dafür, daß die in der Regierungsvorlage enthaltenen, wie durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses gefestigten Bestimmungen, betreffend die Abhaltung gemeinschaftlicher Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, unter Vorbehalt des Bürgermeisters, die Selbstständigkeit der Stadtverordnetenversammlungen untergraben und damit deren Beschlüssen denjenigen Wert nebnen, welchen die Beschlüsse einer Gemeindevertretung haben müssen; daß diese Bestimmungen zugleich geeignet sind, das Ansehen des Magistrats, der nur dazu berufen ist, die ganze Geschäftsführung aller die Gemeinde betreffenden Angelegenheiten zu führen, zu schädigen, und daß ein durch eine gemeinsame Abstimmung in einer Sitzung beider städtischen Kollegen festgestellter Beschuß kein Beschuß des Magistrates und der Stadtverordnetenversammlung ist, wie ihn die Städteordnung verlangt."

Die in Rede stehende Bestimmung des Entwurfs, begründete der Referent seinen Antrag, sei ein vollständiges Novum in den städtischen Verfassungen, das eine ganz außerordentliche Tragweite in Bezug auf die Stellung der Stadtverordnetenversammlung in sich schließe. Die Städteordnung von 1802 verlange ausdrücklich, daß außer den Stadtverordneten Niemand im Saale anwesend sein dürfe, um jedwedem Einwirkung dritter Personen auf die ganz selbständige beschließende Versammlung zu vermeiden. Die Städteordnung von 1831 halte zwar noch im allgemeinen an diesem Grundsatz fest, aber sie ließ schon nach, daß es dem Magistrat gestattet wurde, einzelne Motive seiner Vorelager der Versammlung mündlich mitzutheilen; später wurden diese Bestimmungen noch weiter moderirt, und jetzt sei der Magistrat schon berechtigt, seine Ansichten in der Versammlung selbst zur Geltung zu bringen. Diese Einrichtung möge in vielen Stücken praktisch sein, aber von einer Verschmelzung der Berathungen des Magistrats und der Stadtverordneten dürfe man niemals eine Einigung streitiger Ansichten erwarten. Sobald der oberste befoltete Beamte an der Spitze des Magistrats in der Versammlung erscheine, um des Einflusses auf die eigene Leitung zu seiner Ansicht zu befehlen, habe der freie Meinungsaustausch und die selbständige Beschlussoffnung ein Ende; das Ansehen der städtischen Verwaltung werde wahrlieb nicht erhöht, wenn sich die Mitglieder derselben in öffentlicher Sitzung bekämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Graumann-Stettin bat, in dieser wichtigen Angelegenheit, bei welcher niemals bestrittene Rechte der Stadtverordneten in Frage kommen, möglichst einstimmigen Beschuß zu fassen, um des Einflusses auf die Regierung sicher zu sein, und die Versammlung entsprach diesem Wunsche, indem sie der Resolution einstimmig zustimmte. — Damit schloß die erste Sitzung um 2½ Uhr, an welcher nach Ausweis der allerding noch nicht abgeschlossenen Präsenzlisten die Delegirten von 111 Städten teilnahmen. — Am nächsten Dienstag werden die berliner Stadtverordneten ihren auswärtigen Kollegen ein Festmahl im zoologischen Garten geben.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 23. September. Zur Anwesenheit des Kaisers ist weiter zu melden:

Bei dem Militär-Galadiner im Residenzschloß am 22. d. brachte der König von Württemberg folgenden Toast aus: "Den Gesinnungen Württembergs sowie den meinen den wärmsten Ausdruck gebend, trinke ich auf das Wohl Sr. Majestät des deutschen Kaisers, Königs von Preußen, des ruhmreichen Feldherrn der deutschen Heere. Se. Majestät der Kaiser lebe hoch!" Der Kaiser antwortete: "Gestalten Mir Ew. Majestät, Ihnen Meinen Dank für die soeben ausgesprochenen Gesinnungen zu sagen. Der heutige Tag hat Mir den Beweis geliefert, daß Ew. Majestät Befehl, Ihre Truppen nach den neuen Prinzipien auszubilden, vollkommen erfüllt worden ist, denn Ich habe die Truppen heute in einer vortrefflichen Verfassung gefunden. Da Ich weiß, was Sie im Kriege geleistet haben — wurde Mir doch die Freude, Sie auf zwar blutgetränktem, aber siegreichem Schlachtfelde zu sehen — so weiß Ich auch, was Ew. Majestät in aller Zukunft von Ihnen zu erwarten haben. Ich trinke auf das Wohl Ew. Majestät, Ihres ganzen königlichen Hauses, Ihrer Truppen und des ganzen Württemberger Landes!" — Die Festvorstellung im Hoftheater begann um 7 Uhr und verlief glänzend. Der Kaiser und das württembergische Königs paar wurden beim Eintritt stürmisch begrüßt. Nach 9 Uhr fand dann ein großer Zapfenstreich durch 18 Militärkapellen statt. — Das heutige Feldmanöver des 13. (württembergischen) Armee corps begann nach der Ankunft des Kaisers in Bietigheim um 9 Uhr Vormittags und endete um 12 Uhr Mittags. Der Kaiser folgte den einzelnen Gefechtsmomenten überall persönlich mit geübter Rüstigkeit. Nach Beendigung des Manövers versammelte der Kaiser die höheren Stabsoffiziere um sich und sprach denselben seine volle Zufriedenheit mit der Führung und Haltung der Offiziere und Mannschaften aus. Heute Abend 5 Uhr findet auf der Wilhelma bei Cannstatt Familiendinner statt; morgen Nachmittag 2 Uhr erfolgt nach einem Déjeuner die Abreise nach Weissenburg, von wo der Kaiser, gutem Vernehmen nach, am 27. d. hierher zurückkehrt, um dem Cannstatter Volksfest beizuwohnen.

Stuttgart, 24. September. Der Kaiser hat sich heute Nachmittag 2 Uhr nach Weissenburg begeben. Auf dem Bahnhof verabschiedete sich der Kaiser auf das Herzlichste von dem Könige von Württemberg. — Der Kronprinz, der Großherzog von Mecklenburg, Graf Moltke, sowie das übrige Gefolge des Kaisers reisen in einem besonderen Extrajuge nach Weissenburg. — Vor der Abreise hat der Kaiser dem Könige von Württemberg die Kette zum Schwarzen Adlerorden überreicht. — König Karl hat dem preußischen Gesandten, Freiherr v. Magnus, den Generalmajoren Graf Leibnitz, v. Gotberg und Bronsart von Schellendorf das Großkreuz des Friedrichsordens, dem General von Schwarzenhoff das Großkreuz des Kronenordens mit Schwertern, dem General v. Podbielski und dem Kriegsminister v. Kamke das Großkreuz des Kronenordens, dem Geh. Legationsrat von Bülow und dem Leibarzt Dr. Lauer das Kommenthurkreuz des Friedrichsordens mit dem Stern und dem Geh. Hofrat Bork das Kommenthurkreuz des Friedensordens verliehen. — Der Kaiser sowie der Kronprinz und Graf Moltke besitzen bereits sämtliche württembergische Orden.

Karlsruhe, 24. September. Ein Extrablatt der "Karlsruher Zeitung" meldet, daß, nachdem der Großherzog das Entlassungsgesuch des Staatsministers Jolly genehmigt hat, der Präsident des Handelsministeriums, Turban, zum Staatsminister ernannt und beauftragt worden ist, auf der Grundlage der bisher maßgebend gewesenen politischen Richtung ein freisinniges Ministerium neu zu bilden.

Wien, 23. September. Der "Politischen Korrespondenz" wird aus Belgrad vom heutigen Tage gemeldet: Die serbische Regierung hat die Vertreter der Großmächte gestern davon in Kenntniß gesetzt, daß die türkischen Truppen nicht aufhörten, die Waffenruhe zu verlegen; solche Fälle hätten sich namentlich am 17. d. bei Alexina und Janowa-Klissura, am 19. und 21. bei Javor und an der Drina ereignet.

Nagusa, 23. September. Nach aus dem montenegrinischen Hauptquartier hier eingelangter Meldung hat Fürst Njita den Befehl ertheilt, daß alle Mannschaften, welche die Waffenruhe benutzt hätten, um sich nach Hause zu begeben, noch in dieser Nacht zu ihren respektiven Corps zurückkehren sollen.

Konstantinopel, 21. September. (Auf direktem Wege.) Der österreichische Botschafter, Graf Böck, gab bei der heute erfolgten Überreichung seiner Beglaubigungsschreiben zunächst der Theilnahme Ausdruck, welche Österreich-Ungarn für die Türkei hege und die um so lebhafter sei, als die Türkei eben eine schwere Krisis zu bestehen habe; sodann sprach derselbe den Wunsch des Kaisers von Österreich aus, daß die gewünschten Reformen zur Verbesserung des Loses der christlichen Bevölkerung ausgeführt würden.

Konstantinopel, 24. Sept. Gestern begaben sich die ersten Dolmetscher der sechs Garantiemächte zur hohen Pforte und rieten, wie von unterrichteter Seite verlautet, nachdrücklich die schleunige Gewährung eines Waffenstillstandes an. Der Großvezier ist erkrankt.

### Telegraphische Börsenberichte.

#### London-Course.

Frankfurt a. M., 23. September. Fest. Kreditaktien lebhaft. [Schlußfurie.] Londoner Wechsel 204, 75. Pariser Wechsel 81, 10. Wiener Wechsel 168, 65. Böhmisches Westbahn 153 1/2. Elisabethbahn 129. Galizier 174 1/2. Franzosen 237 1/2. Lombarden 66 1/2. Nordwestbahn 111 1/2. Silberrente 58 1/2. Papierrente 55%. Russ. Bodencredit 85 1/2. Russen 182 94%. Amerikaner 1885 100%. 1860er Loos 103%. 1864er Loos 258, 00. Kreditaktien 128 1/2. Oester. Nationalbank 73, 00. Darmst. Bank 109 1/2. Berliner Bankverein 84%. Frankfurter Wechslerbank —. Oester. Bank 92%. Meininger Bank 77 1/2%. Hess. Ludwigsbahn 100. Oberbessen —. Ung. Staatsloose 147, 60. Ung. Szatmaran. alt 88 1/2. do. neue 86 1/2. do. Ostb.-Obl. II. 59 1/2. Centr.-Pacific 98 1/2. Reichsbank 158 1/2.

\* per medio resp. per ultimo.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 127 1/2. Franzosen 237, Lombarden 65 1/2.

Abends. Effekten-Sociät. Kreditaktien 128 1/2. Franzosen 237 1/2, 1860er Loos 104 1/2, Galizier 174 1/2, Lombarden 66. Fest.

Wien, 23. September. Speculationspapiere fest. Renten und Staatsloose gefragt, Bahnen still, Devisen angeboten. [Schlußfurie.] Papierrente 66, 90. Silberrente 69, 80. 1854er Loos 107, 25. Nationalbank 863, 00. Nordbahn 1807, 50. Kreditaktien 107, 25. Franzosen 281, 00. Galizier 207, 25. Raich-Oberberg 93, 00. Bardubitzer —. Nordwestb. 132, 00. Nordwestb. Lit. B. —. London 121, 10. Hamburg 58, 85. Paris 47, 85. Frankfurt 58, 85. Amsterdam 100, 25. Böh. Westbahn —. Kreditloose 162, 50. 1860er Loos 112, 20. Lomb. Eisenb. 78, 50. 1864er Loos 131, 00. Unionbank 60, 00. Anglo-Nutr. 83, 50. Napoleon 9, 64%. Dukaten 5, 75. Silbercoup. 101, 95. Elisabethbahn 150, 50. Ungar. Präm. 71, 70. D. Reichsb. 59, 25 1/2.

Türkische Loos 16, 25. Offizielle Notirungen: London 121, 25. Paris 47, 95. Amsterdam 99, 80. Elisabethbahn —. Nationalbank —. Nachbörse: Kreditaktien 153, 25. Franzosen 281, 00. Lombarden 77, 75. Galizier 207, 25. Napoleon 9, 65.

London,

# Produkten-Börse.

Berlin, 23. Sept. Wind: N. Barometer: 28.4. Therm. 12° R. Witterung: schön.

Weizen loko per 1000 Kilogr. M. 189—220 nach Dual. ges., per diesen Monat 197,5—197,00—197,5 bez., Septbr.-Oktbr. do., Oktober-Novbr. 198,00—197,5—198,00 bez., Novbr.-Dezbr. 200,00—199,5 200,00 bez., Oktbr.-Jan. Jan.-Febr. April-Mai 207—206—206 5bz., loko per 1000 Kil. 146—185 nach Dual. ges., russischer 147—148,5 ab Bahn bez., neuer inländ. 174,00—183,00 ab Bahn bez., Roggen per diesen Monat 149,00—148,5—149,5 bez., Septbr.-Oktbr. do., Oktbr.-Novbr. 149,5—149,00—150,00 bez., Novbr.-Dezbr. 152,5—152,00—152,5 bez., p. Dezbr.-Jan. Jan.-Febr. April-Mai 156,00—156,5 bez., Gersteloko per 1000 Kilogramm M. 130—175 nach Qualität ges., Haferloko per 1000 Kilogramm 128—168 nach Dualität ges., ost- und westpreußischer 145—162, russischer 130—150, neuer pomm. 160—165, neuer sächs. 155—162, galiz. 142—152, böhmischer 160—165, ungarischer 140—146 ab Bahn bez., per diesen Monat 152,00—151,00 bez., September-Oktober do., Oktbr.-Novbr. 148,00 bez., Novbr.-Dezbr. 147,5 bez., Dezbr.-Jan. Jan.-Febr. April-Mai 151,00 bez., Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 163—200 nach Dual. Futterware 160—168 nach Qualität. — Raps per 1000 Kilogr. — Rüben — Leinöl loko per 100 Kilogr. 100 Kilogr. ohne Fass 59,00 M. — Rübel per 100 Kilo loko ohne Fass 71,00 bez., mit Fass per die Mon. 71,00—70,6—71,00 bez., Septbr.-Oktbr. do., Oktbr.-Novbr. 71,00—70,6 71,00 bez., Novbr.-Des. 72,00—71,8—72,00 bez., Dezbr.-Jan. Jan.-Febr. Febr.-März, April-Mai 73,00—72,7—73,00 bez., Petroleum (raff.) (Stand. white) per 100 Kilogr. mit Fass 45,00 bez., per diesen Monat 43,00 bez., Septbr.-Oktbr. 42,5 bez., Oktbr.-Novbr. 41,8—42,1 bez., Novbr.-Dezember 41,2—42,00 bez., Dezbr.-Jan. 41,5—41,8 bez., Jan.-Febr. April-Mai. — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Fass 51,5 bez., loko mit Fass p. die Mon. 50,9—51,4—51,3 bez., Septbr.-

Berlin, 23. September. Die günstigen Meldungen aus Wien, welche gestern hier fast unbeachtet geblieben waren, beeinflußten heute den Markt in hervorragender Weise. Auch die Häusse der Kontrolle in London machte in Verbindung mit friedlichen politischen Nachrichten einen angenehmen Eindruck. So folgte der Meldung lebhaft und fest von der wiener Börse auch hier eine seife Eröffnung und rasche Steigerung. Im Vordergrunde des Verkehrs standen Kreditanstalten. Die Nachricht, daß die österreichische Kredit-Anstalt durch die Nichtzahlung des Coupons der Eisenbahn-Aktien einen Verlust erleide, hatte gestern hier nur wenig Eindruck gemacht. Heute meinte man, daß in Wien intervenirt sei, um den schlechten Eindruck

## Konds u. Aktien-Börse.

Berlin, den 23 September 1876. Preußische Konds und Geld-Course.

|                      | Pomm. III. r. 100 | 5     | 100,00 | bz |
|----------------------|-------------------|-------|--------|----|
| Pr. G.-G.-Br. d. 5   | 100,00            | G     |        |    |
| do. u. r. d. 10      | 102,60            | G     |        |    |
| do. do. 100          | 101,00            | r. 5  | G      |    |
| Pr. G.-B.-Pfd. d. 4  | 100,10            | G     |        |    |
| do. unf. r. 110      | 106,70            | bz    |        |    |
| do. (1872 u. 74)     | 88,50             | bz    |        |    |
| do. (1874)           | 101,50            | bz    |        |    |
| Pr. Hyp.-A.-B. 120   | 99,00             | bz    |        |    |
| do. do.              | 100,30            | bz    |        |    |
| Schles. Bod.-Gred. 5 | 100,00            | G     |        |    |
| do. do.              | 4                 | 94,50 | G      |    |
| Stett. Nat.-Hyp. 5   | 101,25            | bz    |        |    |
| do. do.              | 4                 | 98,25 | bz     |    |
| Kruppische Oblig. 5  | 102,40            | G     |        |    |

## Ausländische Konds.

|                      |         |        |       |   |
|----------------------|---------|--------|-------|---|
| Ameril. r. 1881      | 6       | 105,80 | bz    | G |
| do. neue 1876        | 4       | 97,20  | bz    |   |
| Staats-Anteile       | 4       | 96,90  | bz    |   |
| Staats-Schuld        | 3       | 94,20  | bz    |   |
| Kur. u. Min. Sch.    | 3       | 91,50  | bz    |   |
| Do. Deichh. Obi.     | 4       | 102,00 | G     |   |
| Berl. Stadt-Obi.     | 4       | 102,30 | bz    |   |
| do. do.              | 3       | 93,00  | bz    |   |
| Schles. Bod.-Gred.   | 5       | 101,00 | V     |   |
| Rheinprovinz do.     | 4       | 102,80 | bz    |   |
| Ehld. d. B. & K. m.  | 4       | 101,00 | bz    |   |
| Pfandbriefe:         |         |        |       |   |
| Berliner             | 4       | 101,90 | bz    |   |
| do. 5                | 106,10  | bz     | G     |   |
| Brandtg. Central     | 4       | 95,80  | bz    |   |
| Kur. u. Neumärk.     | 3       | 85, bz |       |   |
| do. neue 3           | 85,10   | bz     |       |   |
| do. 4                | 94,60   | bz     |       |   |
| gr. Brandtg. Gred.   | 4       |        |       |   |
| Östpreußische        | 3       | 85,30  | bz    |   |
| do. 4                | 96,10   | bz     |       |   |
| do. 4                | 102,25  | G      |       |   |
| Wormersche           | 3       | 84,00  | bz    |   |
| do. 4                | 94,90   | bz     |       |   |
| do. 4                | 102,50  | G      |       |   |
| Polenische, neue     | 4       | 95,00  | t. d. |   |
| Sächsische           | 4       | 95,40  | bz    | G |
| Sächsische           | 3       | 85,75  | bz    |   |
| do. alte A. u. C. 4  |         |        |       |   |
| do. A. u. C. 4       |         |        |       |   |
| Wespr. ritterg. 3    | 83,80   | bz     |       |   |
| do. 4                | 94,50   | bz     |       |   |
| do. II. Serie 5      | 106,20  | bz     |       |   |
| do. neu 4            | 94,05   | bz     |       |   |
| do. 4                | 101,50  | bz     |       |   |
| Rentenbriefe:        |         |        |       |   |
| Kur. u. Neumärk.     | 4       | 97,30  | bz    | B |
| Pommersche           | 4       | 96,75  | bz    |   |
| Polenische           | 4       | 96,40  | bz    |   |
| Prenzl.che           | 4       | 96,50  | bz    |   |
| Kur. u. Westfäl.     | 4       | 98,0   | G     |   |
| Sächsische           | 4       | 97,10  | bz    |   |
| Sächsische           | 4       | 97,30  | bz    |   |
| Gouverneurs          |         | 20,40  | bz    |   |
| Napoleonsd'or        |         | 16,25  | bz    |   |
| do. 500 Gr.          | 500     | Gr.    |       |   |
| Dollars              |         | 16,60  | G     |   |
| Imperials            |         | 16,60  | G     |   |
| do. 500 Gr.          | 1394,50 | G      |       |   |
| Grande Banknot.      |         |        |       |   |
| ds. einzöß. Leipzig. |         |        |       |   |
| Fransz. Banknot.     |         | 81,10  | bz    |   |
| Defferr. Banknot.    |         | 168,65 | bz    |   |
| do. Silbergulden     |         | 263,40 | bz    |   |
| Russ. Noten          |         | 263,40 | bz    |   |

## Deutsche Konds.

|                    |        |         |    |
|--------------------|--------|---------|----|
| P.-A. v. 100th. 3  | 137,50 | G       |    |
| Gess. Pr. d. 40th. | 252,50 | G       |    |
| Bad. Pr. A. v. 67  | 118,75 | G       |    |
| do. 35th. Obligat. | 136,10 | bz      |    |
| Bair. Präm.-Anl.   | 121,25 | bz      |    |
| Brüssel. 20th. 2   | 84,60  | bz      |    |
| Brem. Anl. v. 1874 | 4      |         |    |
| Cöln. Md.-Pr. A. 3 | 105,80 | bz      |    |
| Deff. St. Pr. Anl. | 118,10 | G       |    |
| Woh. Pr.-Pfdbr.    | 5      | 109,00  | bz |
| do. II. Abit.      | 5      | 106,70  | bz |
| Hö. Pr. A. v. 1866 | 173,10 | G       |    |
| Lübeck. Pr. Anl.   | 171,90 | B       |    |
| Meckl. Eisenbsh.   | 3      | 19,60   | G  |
| Meiningen. Loope   | 4      | 103,00  | B  |
| do. Pr.-Pfdbr.     | 4      | 101,50  | bz |
| Oldenburg. Loope   | 3      | 134,25  | G  |
| do. G.-G.-Pfd. 110 | 101,75 | bz      |    |
| do. do. 4          | 95,75  | bz      |    |
| Östg.-Hypo. unt.   | 5      | 101, bz | G  |
| do. do. 4          | 95,75  | bz      | G  |
| Mein. Hyp.-Pfd.    | 5      | 100,50  | G  |
| Fredd. Gred. 4     | 101,50 | bz      |    |
| do. Hyp.-Pfdbr.    | 5      | 101,50  | bz |
| Pomm. H.-B. 120    | 105,10 | G       |    |
| do. II. V. 110     | 102,00 | G       |    |

## Wechsel-Course.

|                        |        |       |    |
|------------------------|--------|-------|----|
| Amsterd. 100 fl. 8 L.  | 169,30 | bz    |    |
| do. 100 fl. 2 M.       | 168,45 | bz    |    |
| London 1 Ester. 8 L.   | 20,46  | bz    |    |
| do. do. 3 M.           | 20,39  | bz    |    |
| Deutsche Bauge.        | 4      | 48,50 | G  |
| Deutsch. Eisenb. Bau.  | 4      | 9,75  | bz |
| Öst. Stahl u. Eisen    | 4      |       |    |
| Do. do. 100 fl. 8 L.   | 81,05  | B     |    |
| Big. Bpt. 100 fl. 8 L. | 81,00  | G     |    |
| do. do. 100 fl. 2 M.   | 80,70  | bz    |    |
| Wien öst. Währ. 8 L.   | 168,50 | bz    |    |
| Wien öst. Währ. 2 M.   | 167,10 | bz    |    |
| Peterbr. 100 fl. 3 M.  | 267,25 | bz    |    |
| do. 100 fl. 3 M.       | 263,50 | bz    |    |
| Barlachau 100 fl. 8 L. | 267,70 | bz    |    |

## \* Wechsel-Course.

|                        |        |       |    |
|------------------------|--------|-------|----|
| Amsterd. 100 fl. 8 L.  | 169,30 | bz    |    |
| do. 100 fl. 2 M.       | 168,45 | bz    |    |
| London 1 Ester. 8 L.   | 20,46  | bz    |    |
| do. do. 3 M.           | 20,39  | bz    |    |
| Deutsche Bauge.        | 4      | 48,50 | G  |
| Deutsch. Eisenb. Bau.  | 4      | 9,75  | bz |
| Öst. Stahl u. Eisen    | 4      |       |    |
| do. do. 100 fl. 8 L.   | 81,05  | B     |    |
| Big. Bpt. 100 fl. 8 L. | 81,00  | G     |    |
| do. do. 100 fl. 2 M.   | 80,70  | bz    |    |
| Wien öst. Währ. 8 L.   | 168,50 | bz    |    |
| Wien öst. Währ. 2 M.   | 167,10 | bz    |    |
| Peterbr. 100 fl. 3 M.  | 267,25 | bz    |    |
| do. 100 fl. 3 M.       | 263,50 | bz    |    |
| Barlachau 100 fl. 8 L. | 267,70 | bz    |    |

## \* Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, f. Lombard 5 pCt.; Bank-